



# Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

**SPD**

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 4/2010

4. Oktober 2010

## Der neue Senat startet mit zweifelhaften Senatoren und viel Marketing

Seit Ende August hat Hamburg mit Christoph Ahlhaus einen neuen ersten Bürgermeister. Ole von Beust hatte zuvor nach neun Jahren im Amt seinen Rücktritt erklärt. Mit ihm sind zahlreiche Senator/innen zurückgetreten. Der Wechsel an der Regierungsspitze erfolgt zu einer denkbar ungünstigen Zeit: die Elbphilharmonie wird immer mehr zum finanziellen Desaster und nach wie vor ist auch die HSH Nordbank ein unkalkulierbares finanzielles Risiko für die Stadt. Dazu markiert der verloren gegangene Volkentscheid einen Tiefpunkt der schwarz-grünen Regierung.

Von einem Befreiungsschlag kann im Zuge des Personalwechsels aber beileibe nicht gesprochen werden.

Neuer Innensenator ist der

farblose Heino Vahldieck, der weiter an der umstrittenen Reiterstaffel festhält. Zum Kultursenator erkoren wurde eben jener Reinhard Stuth, den von Beust zu seiner Zeit als Staatsrat wegen Unfähigkeit entlassen hatte (zur aktuellen Kulturpolitik s. Seite 3). Den größten Wirbel verursachte allerdings der neue Wirtschaftssenator Ian Karan. Der millionenschwere Unternehmer flunkerte im Lebenslauf und spendete eine hohe Summe an die Initiative „Wir wollen lernen“, die sich gegen die Schulreform gegründet hatte. Eine starke Mannschaft sieht anders aus.

Und Christoph Ahlhaus selbst? Der 41jährige Heidelberger hat in der Hamburger CDU als Hardliner Karriere gemacht. 2008 wurde er von einer Flücht-

lingsinitiative zum „Abschiebeminister“ gekürt und zeigte sich stolz über diese zweifelhafte Ehre. Als Bürgermeister startet Ahlhaus nun mit Unterstützung der Presse eine Charmeoffensive: lächeln, lächeln, lächeln und vor allem möglichst wenig anecken.

Doch die Sparpläne des Senats sind einseitig wie eh und je: Im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich sowie in den Bezirken wird kräftig gekürzt, während beim Senatmarketing noch draufgepackt wird. Die Neueinstellung von sechs Steuerprüfern ist lächerlich, nachdem in den letzten Jahren fast 100 entlassen wurden. Dieser Herbst muss ein Herbst der Proteste werden, um weitere soziale Verwerfungen in Hamburg zu verhindern.

### In dieser Ausgabe:

- UMGESTALTUNG DER OSTERBEK WIRFT FRAGEN AUF **2**
- PRIMARSCHULE GESCHEITERT - DOCH BILDUNGSGERECHTIGKEIT BLEIBT UNSER ZIEL **2**
- DER FALL KUHLMANN. SENAT DULDET MIETBETRUG **3**
- SPAR-CHAOS IN DER KULTUR GEHT MUNTER WEITER **3**
- KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS **4**
- HAMBURG AKTIV ERLEBEN - DAS KULTURPROGRAMM MIT WILFRIED BUSS **4**

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

## Sarrazin: Ein Opfer der „political correctness“?

Eine Welle der Empörung schwappt durch das Land: Da soll jemand mundtot gemacht werden, nur weil er endlich ausspricht, was sich sonst keiner zu sagen traut, so heißt es. Da würden Wahrheiten unterdrückt, nur weil sie unbequem seien, weil sich die Politiker nicht trauten, endlich die Dinge

anzupacken und mit Multikulti aufzuräumen.

Diese Reaktion war vorhersehbar: Gewisse Zeitungen haben noch jeden rechten Hetzer zum Märtyrer verklärt. Doch das ist unangebracht, und zwar in jeder Hinsicht. Denn Sarrazin ist kein Opfer, sondern Täter;

er hat sich nicht nur im Stil vergriffen, sondern liegt in der Sache falsch. Viele der vermeintlich objektiven Zahlen und Tabellen in seinem Buch, mit denen er den drohenden Untergang Deutschlands beweisen will, sind schlicht falsch. Und zwar so grob falsch, dass sie ein Zerrbild zeichnen, das mit

der Realität nicht viel zu tun hat. Außerdem unterstellt er Zusammenhänge, die wissenschaftlich völlig unhaltbar sind: So kann man aus den schlechteren Schulabschlüssen türkischer Kinder nicht geradewegs schließen, sie seien halt von Natur aus

Fortsetzung auf Seite 2

# Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Sarrazin

dümmen. Dumm ist vielmehr ein solches Vorgehen, dass die Diskriminierung dieser Kinder im deutschen Schulsystem schlicht ignoriert.

Doch die rote Linie endgültig überschritten hat Sarrazin mit dem angeblichen „Juden-Gen“. Diese Behauptung ist nicht nur wissenschaftlicher Blödsinn, denn tatsächlich stammen sämtliche heutigen Menschen aus exakt dem gleichen Genpool; die regio-

nen Unterschiede sind marginale Äußerlichkeiten wie Hautfarbe und Durchschnittsgröße, aber sicher keine Wesensunterschiede im Sinne von „Volksgenen“.

Völlig inakzeptabel ist diese Aussage aber vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte des Antisemitismus und Holocaust: Den Juden besondere, „volkseigene“ genetische Eigenschaften zuzuschrei-

ben, war die Voraussetzung zu ihrer Diskriminierung und Vernichtung. Wer als deutscher Akademiker solch blanken Antisemitismus von sich gibt, hat in der Tat weder in der SPD, noch in der Bundesbank, noch sonst irgendwo etwas zu suchen.



Foto: Beate Schmid-Janssen

Der Osterbekkanal auf Höhe der Wachtelstraße

## Umgestaltung der Osterbek wirft Fragen auf

Für Wirbel sorgten in den letzten Wochen die Pläne des Bezirksamts neben anderen Gewässern den Osterbekkanal zwischen Wachtelstraße und Lämmerstieg zu renaturieren. In einer Machbarkeitsstudie prüft der Bezirk Nord zurzeit die technischen und finanziellen Rahmenbedingungen einer Veränderung des Wasser-

laufs hin zu mehr Naturnähe. Diese Überprüfung wird aufgrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie vorgenommen und soll auch eine Vorbereitung auf die mit dem Klimawandel einhergehenden Veränderungen wie z.B. stärkere Regenfälle sein. Während das Bezirksamt noch prüft und dann die Bezirksversammlung

informiert, sind die Anwohner/innen aufgeschreckt. Sie fürchten um den Kanal vor ihrer Haustür, der die Wohnlage attraktiv macht. Wie eine naturnähere Osterbek aussehen könnte, ist noch nicht bekannt. Wir informieren an dieser Stelle weiterhin über mögliche Veränderungen am Osterbekkanal.

## Primarschule gescheitert – doch Bildungsgerechtigkeit bleibt unser Ziel

Der Ausgang des Volksentscheids ist eindeutig: Die Primarschule kommt nicht. Über die schon beschlossene Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Stadtteilschulen hinaus wird sich also in Hamburgs Schulsystem in den nächsten Jahren strukturell nichts ändern.

Die SPD akzeptiert diese Entscheidung selbstverständlich, auch wenn sie ihr nicht gefällt. Gleichwohl ändert dies nichts an unserer Grundüberzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen unverzichtbar ist, wenn wirklich alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen

auf eine gute Bildung und Ausbildung bekommen sollen. Hierfür langfristig zu kämpfen, bleibt das Ziel und Versprechen der SPD, zu dem sich auch Ksenija Bekeris und Wilfried Buss nachdrücklich bekennen.

Auch die Befürwortung von Volksentscheiden steht für die SPD nicht zur Disposition. Allerdings muss die insgesamt niedrige und regional gravierend unterschiedliche Beteiligung allen Demokratinnen und Demokraten Sorgen machen: Die Beteiligung am Volksentscheid war gerade in jenen ärmeren Stadtteilen äußerst gering, deren Kinder und Familien

von der Reform am meisten profitiert hätten, da sie im jetzigen Schulsystem strukturell diskriminiert werden. Doch offenbar war hier die Information zu schlecht oder die Resignation schon zu groß. Jedenfalls können direktdemokratische Verfahren wie Volksentscheide nur dann eine wirkliche Stärkung der Demokratie sein, wenn sie nicht einseitig zu einem Instrument der sozial Privilegierten werden, wie in diesem Fall. Sonst passiert, was scheinbar paradox klingt: Mehr Demokratie führt zu mehr sozialer Spaltung. Demokratie wird durch Demokratie untergraben.

WILFRIED BUSS:  
ICH WERDE MICH  
AUCH WEITERHIN  
FÜR LÄNGERES  
GEMEINSAMES  
LERNEN  
EINSETZEN.

## Der Fall Kuhlmann: Senat duldet Mietbetrug

### SPD fordert Unterstützung der Mieter/innen

Wohnungen mit Schimmelbefall und ohne oder nur wenig Tageslicht sind gesundheitsschädlich. Trotzdem gibt es Wohnungssuchende, die aus Angst vor Obdachlosigkeit auch diese Beeinträchtigungen in Kauf nehmen (müssen). Dies allein ist schon ein Skandal und ein deutliches Anzeichen der verfehlten Wohnungsbaupolitik des Senats. Eine Steigerung ist aber der Fall Kuhlmann.

Hier handelt es sich um regelrechten Mietbetrug – und die Sozialbehörde braucht ein ganzes Jahr, um daraus Konsequenzen zu ziehen. Herr Kuhlmann, CDU-Mitglied und als Deputierter in der Sozialbehörde mit direktem Einblick in Behör-

denhandel, vermietete und vermietet nach wie vor Wohnungen in desaströsem Zustand an Transferhilfeempfänger. Hier wird die Miete dann direkt von der öffentlichen Hand an den Vermieter überwiesen. Mit betrügerischer Energie gab Herr Kuhlmann in Mietverträgen zu große Wohnungsgrößen an, um einen höheren Mietpreis zu erzielen. Die Stadt wird betrogen und die Mieter/innen hausen zudem unter schlimmen Bedingungen, weil sie sich aus Angst vor einer Wohnungskündigung nicht trauen, sich über den Wohnungszustand zu beschweren.

Erst nachdem die Presse groß über den Mietbetrug

berichtete, sah sich team.arbeit.hamburg in der Lage, die Mieter/innen der Kuhlmann-Wohnungen gegenüber dem Vermieter zu unterstützen. Und auch erst nach öffentlichem Druck wurde Strafanzeige gegen Herrn Kuhlmann erstattet.

Nach einem Jahr (!) ist die Sozialbehörde jetzt bereit, die betroffenen Mieter/innen zu unterstützen. Ein dahin gehender Antrag der SPD wurde in den Sozialausschuss überwiesen. Hier kann nun auch diskutiert werden, wie angesichts der Wohnungsmarktsituation der regelrechten Erpressbarkeit von Behörden und Mieter/innen begegnet werden kann.

## Spar-Chaos in der Kultur geht munter weiter

### Kulturabbau trotz Mehreinnahmen: Nichts ist zu absurd für diesen Senat

Nachdem Hamburgs Kulturpolitik schon seit Monaten europaweit zum Gespött geworden ist, geht das Chaos nun munter weiter: Einerseits will der Senat qua „Kultursteuer“ sogar mehr Geld für Kultur zur Verfügung haben, was an sich keine schlechte Idee ist. Doch anstatt dieses Geld für die vorhandenen Kulturangebote zu nutzen, sollen stattdessen neue Festivals und Sonder-Events für Touristen finanziert werden.

Bei der bestehenden Kultur wird jedoch gekürzt, weil angeblich das Geld fehlt: Das Altonaer Museum wird geschlossen, das Schauspiel-

haus muss eine weitere empfindliche Etatkürzung hinnehmen und die Bücherhallen ihre Gebühren kräftig erhöhen. Kulturabbau trotz Mehreinnahmen: Offenbar ist für diesen Senat nichts zu absurd.

Die Schließung des Altonaer Museums ist ein echter Schildbürgerstreich, denn in Wahrheit wird dadurch mehr Geld aus dem Fenster geworfen statt eingespart: Der Eingangsbereich des Museums wurde gerade erst für 3 Millionen Euro umgestaltet, und die Stadt muss für das Gebäude trotz Schließung noch weitere 14 Jahre lang Miete zahlen!

Die Millionen-Kürzung bei den Bücherhallen wird zwangsläufig deutlich höhere Gebühren zur Folge haben. Dies zeigt außer der kulturellen auch die soziale Ignoranz dieses Senats, denn diese Gebührenerhöhung wird vor allem jene Menschen empfindlich treffen, die wegen ihres geringen Einkommens besonders auf dieses Bildungs- und Kulturangebot angewiesen sind. Bildung und Kultur sind Luxus, den die ärmeren Leute nicht brauchen – das ist ganz offensichtlich die Denkweise hinter diesen Sparbeschlüssen.

**KSENIJA BEKERIS:  
DIE STADT MUSS  
DEN MIETERN UND  
MIETERINNEN  
GEGEN  
BETRÜGERISCHE  
VERMIETER/INNEN  
ZUR SEITE STEHEN.**



Foto: Mariocopa/Pixelio,  
www.pixelio.de

Die Bücherhallen müssen Millionen einsparen. Die Folge: höhere Gebühren und kürzere Öffnungszeiten

**Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:**

UNSERE WAHLKREISBÜROS

**Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris  
Büroleitung: Beate Schmid-Janssen**

Pestalozzistr. 21a  
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08  
Fax: 040 / 51 90 69 10  
E-Mail: [info@ksenija-bekeris.de](mailto:info@ksenija-bekeris.de)

**Öffnungszeiten:**

Di-Fr.: 09-13 Uhr  
Mi: 09-19 Uhr

**Webseite:**

[www.ksenija-bekeris.de](http://www.ksenija-bekeris.de)

**Abgeordnetenbüro Wilfried Buss  
Büroleitung: Sönke Klages**

Ifflandstr. 85  
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12  
Fax: 040 / 61 19 83 13  
E-Mail: [post@wilfriedbuss.de](mailto:post@wilfriedbuss.de)

**Öffnungszeiten:**

Mo-Fr: 10-12 Uhr  
14-17 Uhr

**Webseite:**

[www.wilfriedbuss.de](http://www.wilfriedbuss.de)

**Ausschüsse Ksenija Bekeris**

- Eingabenausschuss
- Schulausschuss
- Sozialausschuss
- Wissenschaftsausschuss

**Ausschüsse Wilfried Buss**

- Eingabenausschuss
- Kultur- und Kreativwirtschaftsausschuss

## Hamburg aktiv erleben - das Kulturprogramm mit Wilfried Buss

Das Kulturprogramm „Hamburg aktiv erleben“ startete erfolgreich in die zweite Jahreshälfte.

Nach dem Motto: „Es bringt mehr Spaß, wenn wir nicht nur über Hamburg reden, sondern es gemeinsam erleben und erkunden!“ machte sich eine Gruppe von 20 Interessierten mit Wilfried Buss zusammen auf zu einer Kutschfahrt durch Wilhelmsburg. Alle waren sich einig: Das erlebt man nicht alle Tage! Denn Wilhelmsburg hat mehr zu bieten, als nur die bekannten Hochhäuser. Die Route der Kutsche ging über die Wilhelmsburger Mühle,

die immer noch Mehl auf traditionelle Weise herstellt, und das Heimatmuseum sowie die im 14. Jahrhundert erbaute Kreuzkirche. Es hat den Teilnehmer/innen so gut gefallen, dass sie auf jeden Fall bei den nächsten Veranstaltungen dabei sein wollen.

Am 16.11.2010 besucht Wilfried Buss die Holstenbrauerei und am 30.11.2010 wird es eine Führung durch den Atomschutzbunker unter dem Hauptbahnhof geben. Infos und Anmeldungen unter: [post@wilfriedbuss.de](mailto:post@wilfriedbuss.de) oder 040 - 61 19 83 12.



Foto: Bastian Faust

Wilfried Buss auf Kutschfahrt durch Wilhelmsburg

**Fortsetzung S. 3 Spar-Chaos in der Kultur**

Event-Kultur rauf, Museen, Theater und Bücherhallen runter – das ist die klare, bittere Botschaft dieses Sparpakets. Damit setzt der Senat genau jene neo-liberale Politik fort, die zuletzt so vehement von vielen Kulturschaffenden kritisiert wurde: Kultur als reiner Kommerz, als Marketing-Instrument im Standortinteresse – aber nicht als Lebensqualität für alle Hamburgerinnen und Hamburger.

**Wissen ist Macht:**

**Seminar Soziale Gerechtigkeit - Grundlagen, Modelle, Umsetzung**

In der Reihe „Wissen ist Macht“ bietet die SPD Hamburg Nord ein Grundlagenseminar zu den Grundlagen, Modellen und der Umsetzung von „Sozialer Gerechtigkeit“ an.

**Termin: Fr., 18-21 Uhr und Sa., 10-18 Uhr.**

Seminarleiter/innen: Gesine Dräger und Sönke Klages

Unkostenbeitrag für Verpflegung und Seminarunterlagen: 15/8 Euro

Anmeldung bis zum 22.10. im Kreisbüro, Tel.: 4603042.